

## **07. Juni 2006, von Michael Schöfer Operettengewerkschaft**

Die Gewerkschaftsbewegung ist ohne Zweifel in der Krise, das läßt sich schon allein an der Mitgliederentwicklung ablesen. So hat sich der Mitgliederbestand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) zwischen 1991 und 2005 nahezu halbiert, er ist in dieser Zeit von 11,80 Mio. auf 6,78 Mio. gesunken. [1] Das ist nicht allein auf die grassierende Massenarbeitslosigkeit zurückzuführen, sondern ebenso auf die eher defensive Haltung der vergangenen Jahre und die daraus resultierende rückläufige Unterstützung des Gewerkschaftsgedankens in der Bevölkerung.

Ein weiterer Grund ist aber auch die Konkurrenz aus dem Gewerkschaftslager selbst. Der DGB ist nämlich nicht der einzige Dachverband, der Einzelgewerkschaften zusammenfaßt. Ein weiterer ist der Deutsche Beamtenbund (dbb), der gegenwärtig in 40 sogenannten Fachgewerkschaften insgesamt 1,27 Mio. Mitglieder organisiert und nach eigenen Angaben - entgegen dem Trend - allein zwischen 1998 und 2005 über 91.000 Mitglieder hinzugewann. [2]

Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft. Insofern ist es völlig in Ordnung, wenn Organisationen über den Weg, wie man die Interessen der Arbeitnehmer am besten vertritt, unterschiedlicher Meinung sind und deshalb auf im Wettstreit liegende Verbände beharren. Doch darf es selbstverständlich nicht allein damit getan sein, der unliebsamen Konkurrenz Mitglieder abspenstig zu machen. In so einem Fall muß man auch bereit sein, anstelle des geschwächten Kontrahenten mehr Verantwortung zu übernehmen. Dies zeigt sich insbesondere bei Tarifaueinandersetzungen, in denen es auf die Schlagkraft der Gewerkschaften ankommt. Das bedeutet konkret, jede Arbeitnehmerversammlung, die die Interessen ihrer Mitglieder durchsetzen will, muß zwangsläufig streikwillig und streikfähig sein. Und wer gute Ergebnisse erzielen möchte, hat eben notfalls einen Arbeitskampf zu organisieren und möglichst lange durchzuhalten. Nichtsdestotrotz hat es gerade daran wiederholt gemangelt.

Beispielsweise Anfang des Jahres beim Streik der Kommunalbediensteten. Die kommunalen Arbeitgeberverbände hatten in drei Bundesländern (Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg) die Arbeitszeit des am 01.10.2005 in Kraft getretenen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) gekündigt. Sie verlangten eine deutliche Erhöhung der Wochenarbeitszeit, die Gewerkschaften bestanden demgegenüber auf der 38,5-Stunden-Woche. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) hat zu Beginn des Arbeitskampfes allein in Baden-Württemberg 10.000 Beschäftigte zum Streik aufgerufen. Der Deutsche Beamtenbund konnte lediglich 200 Streikende vorweisen - eine erschreckend kleine Zahl. Gleichwohl soll es beim dbb zu erheblichen organisatorischen Problemen gekommen sein, die vom Grundsatz her nach wie vor ungelöst sind. Streikenden seien darüber hinaus teilweise beachtliche finanzielle Verluste entstanden, die man bislang nicht ausgeglichen habe. Und das wohlgerne bei einer Organisation, die 1,27 Mio. Mitglieder vertritt.

Eines dürfte klar sein: mit 200 Streikenden ist auf niemand Druck auszuüben. Über einen solchen Gegner schmunzeln die Arbeitgeber nur und bewerten ihn zu Recht als vernachlässigbares Leichtgewicht. Mit Kompanien ist nichts durchzusetzen, wo es ganze Divisionen braucht. Wer außerdem schon bei minimaler Streikbeteiligung buchstäblich ins Schlingern gerät, hat kein anderes Urteil verdient. Es liegt vielmehr der Verdacht nahe, daß man sich beim Beamtenbund im Ernstfall insgeheim auf die erprobte Durchsetzungskraft von Verdi verläßt und bloß in deren Fahrwasser mitschwimmt. Pressearbeit gaukelt dann der Öffentlichkeit eine Gleichwertigkeit vor, die de facto überhaupt nicht existiert. Mit anderen

Worten: Man präsentiert dem Zuschauer ein Potemkinsches Dorf. Spötter verwenden diesbezüglich gerne den Terminus "Operettengewerkschaft". Die eigentliche Auseinandersetzung führt die Gewerkschaft, die man ansonsten bekämpft: Verdi.

Nun kann und soll man aus Fehlern lernen, dazu sind sie schließlich da. Jede Organisation darf klein anfangen. Wäre es anders, müßte man von vornherein jegliche Konkurrenz verbieten. Das wäre zweifellos undemokratisch. Allerdings wurde der Beamtenbund bereits 1918 gegründet. Nachdem ihn die Nazis faktisch auflösten bzw. gleichschalteten, wurde er 1949 neu gegründet. 1971 gehörten dem dbb 707.000 Mitglieder an, er hat seine Mitgliederzahl seitdem also fast verdoppelt. [3] Für einen Verband mit einer solch langen Tradition ist das Versagen an der Streikfront, man muß es leider so drastisch formulieren, äußerst blamabel.

Sollte sich der Beamtenbund nicht rasch zu einem wirklich schlagkräftigen Dachverband reformieren, verliert er unter Umständen seine Existenzberechtigung. Zahnlose Tiger braucht keiner, am wenigsten die Arbeitnehmer. Die Frage, ob sich die Gewerkschaftsbewegung weiterhin zwei einander befehden Organisationen leisten kann, steht demnächst ohnehin auf der Tagesordnung. Die Anpassungsleistung an die sich rasch ändernde Tariflandschaft ist enorm. Und wer dabei altem Lagerdenken verhaftet bleibt, droht unterzugehen. Gemeinsam ist man gewiß besser für die harten Konflikte der Zukunft gewappnet. Aber ob die Funktionäre über ihren Schatten springen können, darf bezweifelt werden. Der Egoismus triumphiert bedauerlicherweise allzu oft über das von der Vernunft Gebotene.

[1] Frankfurter Rundschau vom 25.02.2006

[2] dbb magazin März 2006, Seite 34, PDF-Datei mit 3,5 MB

[3] Wikipedia, Beamtenbund